

Siegmond Ehrmann, MdB

„Chancen und Gefahren einer Verzahnung von Kultur-, Bildungs-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik“

Erschienen in: Drews, Albert (Hrsg.): Nach uns die Kulturwirtschaft?... und was wird aus der Kulturpolitik?, 53. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium, Rehburg-Loccum, 2009.

I.

Die Frage nach Chancen und Gefahren einer Verzahnung unterschiedlicher Ressort ist nicht pauschal zu beantworten. Sie hängt davon ab, ob die angestrebten Ziele mit einem ressortübergreifenden Ansatz besser zu realisieren sind als ohne eine Verzahnung. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ (Abschlussbericht BT Drs. 16/7000) hat sich intensiv der Kultur- und Kreativwirtschaft gewidmet und dabei auch herausgearbeitet, welche Politikfelder auf diesen Sektor einwirken.

II.

Unter welchen Bedingungen kann sich die Kultur- und Kreativwirtschaft in Städten und Regionen in besondere Weise entfalten? Welche Standortfaktoren begünstigen die Prozesse der Kultur- und Kreativwirtschaft? Im Ergebnis kommt es auf ein Dreieck aus

- Kulturangebot,
- preiswertem Wohn-, Arbeits- und Ausstellungsräumen sowie auf
- betriebswirtschaftliches Know-how und die finanzielle Ausstattung der Akteure an.

Ein ausgeprägtes Kultur- und preiswertes Raumangebot begünstigt ein künstlerisch-kreatives Milieu, aus dem Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft hervorgehen können und betriebswirtschaftliche Kenntnisse der Akteure sowie eine ausreichende finanzielle Ausstattung bestimmen letztendlich den nachhaltigen Erfolg am Markt. Gleichwohl ist der in der Startphase stark informell geprägte Sektor häufig nicht so stabil, dass existenzsichernde Einkommen erzielt werden können. Deshalb bewegen sich die Initiativen gezielt in den drei Sektoren Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Dort genießen sie ihre Einkommen z.B. als Teilzeitbeschäftigte in öffentlichen Kultureinrichtungen und mit privatem erwerbswirtschaftlichem Engagement. Aus diesen Gründen ist eine Verzahnung unterschiedliche Rahmenbedingungen schaffender Ressorts nicht nur sinnvoll, sondern dringend geboten. Wer die Wachstumspotenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft fördern und nachhaltig sichern will, muss ressortübergreifend agieren. Die Wertschöpfungskette von

der „Schöpferischen Leistung“ bis zur Verwertung lässt sich nicht auf ein politisches Feld reduzieren.

III.

Wie erfolgreich ein ressortübergreifender Ansatz sein kann, zeigen die positiven Erfahrungen aus Großbritannien. Die Labor-Regierung hat bereits 1997 die „creative-industries-task-force“ gebildet, deren Aufgabe es ist, die ökonomischen Potenziale der „creative-industries“ zu ermitteln und in einem jährlichen Bericht darzulegen. Daraus wurden gemeinsam mit privaten Akteuren, Ziele der Kreativwirtschaft definiert, gewichtet und mit den zuständigen politischen Ressorts bestimmt. Das Kulturministerium kümmert sich z.B. um eine generelle Musikförderung wie Live-Auftrittsmöglichkeiten für Künstler, das Wirtschaftsministerium sorgt für die Umsetzung von Urheberrechtsrichtlinien und stellt Beratungsleistungen für Kreativwirtschaftsunternehmen zur Verfügung. Das Finanzministerium nimmt bei steuerlichen Fragen besondere Rücksicht auf den kreativen Bereich und das Bildungsministerium verankert in den Lehrplänen frühkindliche kulturelle Bildung und vermittelt die Bedeutung von geistigem Eigentum. Im Zentrum steht dabei das Bemühen, vorhandene Kompetenzen und Ressourcen zu verknüpfen und auf eine vorrangige kultur-, bildungs- und wirtschaftspolitische Gestaltungsaufgabe auszurichten. Hierfür trägt insgesamt das Kulturministerium mit dem Minister for Creativ Industries and Tourism die Verantwortung. Diese vernetzte Politik führt die Briten zu bemerkenswerten Ergebnissen. Die „creative-industries“ wächst jährlich um ca. 5 % und damit doppelt so schnell wie die Gesamtwirtschaft. Nicht nur das ist beachtlich: Indem die kulturelle Bildung von klein auf mit im Fokus steht, kann Großbritannien auch in Zukunft auf kundiges Kulturpublikum setzen.

Zwischenzeitlich hat der Deutsche Bundestag die Vernetzung der beteiligten Ressorts im Sinne einer Matrixorganisation eingefordert. Die Strukturen werden derzeit aufgebaut. Dieses Prinzip sollte auf die Ebene der Länder und Kommunen übertragen werden. Sinnvollerweise sollten auch die Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft in den politischen Prozess einbezogen werden.

IV.

Nicht zu bestreiten ist die Gefahr, dass angesichts der ökonomischen Effekte Kunst und Kultur nur nach diesen Kriterien beurteilt werden. Wird die Kultur- und Kreativwirtschaft auf eine volkswirtschaftliche Dimension reduziert, droht der Eigenwert künstlerischer Güter in den Hintergrund zu treten. Deshalb ist es wichtig den Doppelwert kultureller Güter, sowohl Träger von Ideen und Wertvorstellungen zu sein, als auch auf Märkten gehandelt zu werden, immer wieder hervorzuheben. Die Kulturpolitik ist gefordert, diesen Aspekt in der Debatte

stark zu machen, ohne aber reflexartig den ökonomischen Nutzen kultureller Güter zu negieren. Schließlich darf nicht vergessen werden, dass es bei der Kultur- und Kreativwirtschaft zunächst um den erwerbswirtschaftlich Bereich geht und damit nicht um eine ökonomische Ausrichtung des öffentlich-finanzierten Kulturangebots.

V.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass eine effektive politische Gestaltung der Kultur- und Kreativwirtschaft ressortübergreifend angelegt sein muss.

Siegfried Ehrmann, MdB, geboren 1952 in Moers, Diplom Verwaltungswirt. Moerser Kulturdezernent a.D., seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien. Während der vierjährigen Arbeit der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ von 2003-2007 war er Stellvertretender Vorsitzender und Sprecher der SPD Arbeitsgruppe in der Kommission.